

# Verhinderung der Beteiligung

**Betr.: Artikel „Große Linien, große Bedenken“ vom 23. Februar**

Wer erinnert sich noch an die Agenda 2020? Eine längst vergessene Scheinveranstaltung zur Bürgerbeteiligung mit Einflussnahme seitens der Verwaltung. Die CDU und die Grünen waren trotzdem voller überschwänglichen Lobes. Die heutige Verwaltung ist daran, Bürger ernsthaft einzubeziehen und ausgerechnet die CDU und die Grünen lehnten die Vorlage für eine Einwohnerversammlung ab, anstatt lediglich die Themenzahl zu beschränken.

Die Verwaltung hat bereits alle Themen vorbereitet, wofür sie und nicht der Gemeinderat zuständig ist, deshalb ist die Äußerung von Stephan Berg („So etwas muss sorgfältig vorbereitet werden“) unzutreffend und zeugt eher von Verhinderung der Bürgerbeteiligung und Verschleppung wichtiger Themen, was sein weiterer Satz bestätigt: „Ich sehe hier keinen Zeitdruck“. Die zahlreichen Projekte, die heute auf einmal realisiert werden müssen, resultieren auch daraus, dass der Gemeinderat in der Vergangenheit wichtige Themen langatmig diskutiert und sie ergebnislos in die Zukunft verschoben hat.

Obendrein unterstellen die CDU und die Grünen ausgerechnet den Kandidaten der Freien Wähler (den eigenen wohl nicht), die zum ersten Mal kandidieren und politisch noch unerfahren sind, eine mögliche Instrumentalisierung der Veranstaltung

vor, um gewählt zu werden. Was verteidigen die CDU und die Grünen wirklich mit einem beinahe überschäumenden Engagement, das einen staunen und zugleich schmunzeln lässt? Sie befürchten offensichtlich, nicht mehr automatisch gewählt zu werden, so wie immer.

Die Freien Wähler haben nämlich als erste Fraktion in der Geschichte der Stadt den neuen Zeitgeist erkannt und ihre Kandidatenliste demokratisch, transparent und öffentlich festgelegt, sodass die Wähler noch vor den Wahlen bewusst entscheiden können, wem sie ihre Stimme geben. Bei den restlichen Fraktionen weiß kaum ein Außenstehender, wie die Listen zustande kommen. Die Dauergemeinderäte geben zwar preis, wie alt sie sind, das Wesentliche aber, wofür sie stehen, wie lange sie dem Gemeinderat bereits angehören und weswegen sie weiterhin kandidieren wollen, bleibt verborgen.

Uwe Claassen (Freie Wähler) gab seinen Platz nach zehn Jahren im Gemeinderat ab und ermöglicht damit anderen, sich politisch zu engagieren. Eine gut funktionierende Demokratie muss gelernt werden, was nur geschehen kann, wenn Plätze im Gemeinderat nicht als Dauerplätze verstanden, sondern nach zehn, spätestens 15 Jahren im Interesse der Stadt freigegeben werden.

**Natali Fessmann  
Lörrach**

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Sinngemäße Kürzungen behält sich die Redaktion vor.